

Schwarzwälder Tageszeitung

Mus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat April 1900 Mk. mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 150 Mk. Anzeigenpreis: Die einpoltrige Zeile oder deren Raum 150 Mk., die Reklamzeile 400 Mk. Mindestzeitung bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. eines Auftrags 600 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorschuss ist der Rabatt unanwendbar.

Nr. 95.

Altensteig, Samstag den 28. April.

Jahrgang 1903

Für diejenigen Leser

welche unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Mus den Lannen“ für den Monat April nicht bestellt haben, ist es jetzt Zeit, das Abonnement auf unsere Zeitung zu erneuern, wenn in der Zustellung keine Unterbrechung eingetreten ist.

Bezugspreis im Mai 2500 Mk.

Sonntagsgedanken.

Warum ist das Zusammenleben der Menschen so voller Qual? Weil der gute Wille fehlt, der einsieht und nachgibt, der nicht abelntimmt und nachträgt, der die persönliche Empfindlichkeit überwindet und das Wohl des andern will, der der verborgenen Güte und Liebe freie Bahn schafft. Joh. Müller.

Zur Lage.

Diplomatische Frühlingstimmung lag über dieser zu Ende gehenden Woche. Der englische Außenminister Lord Curzon hat im Oberhaus Deutschland einmal anständig behandelt, seine Drohung ausgesprochen, sogar anerkennende Worte für Deutschlands Haltung im Ruhrgebiet gefunden und nebenbei allerlei Ratschläge nach Berlin erteilt. Als freien Partner hat er Deutschland eingeladen, seine Vorschläge und Vorschläge vorzulegen. In Berlin hat man diesen Frühlingssatz rasch aufgefassen und gefunden, daß zwischen Lord Curzons Rede und den Ausführungen des deutschen Außenministers von Rosenberg wie derjenigen von Dr. Stresemann im Reichstage keine großen Unterschiede bestehen. Die Reichsregierung entsetzt sich auf diese Rede zu antworten. In welcher Form ist noch unbestimmt. So sollte die ganze Presse des In- und Auslands wider von dem diplomatischen Vorkopf des englischen Außenministers und von dem deutschen Schritt, der ein „Angebot“ zur Einleitung von Reparationsverhandlungen enthalten sollte. Frühlingstimmung und Hoffnungsstimmung erfüllte die Politiker auch in Deutschland, zumal die der Linken, die ja im Reichstage bereits die Forderung nach neuen deutschen Vorschlägen vertreten hatten. Und auch die Reichsregierung hat durch die englische Rede eine neue Situation gefunden, mit Sachverständigen über deutsche Vorschläge beraten, obgleich sie die Absichten einer Verständigung nicht ganz so hoffnungsvoll beurteilt, wie es die Öffentlichkeit und die Presse tat. Aber es fiel ein Reiz in der Frühlingssaat!

Aus England wurde zuerst gemeldet, daß bei der deutschen Öffentlichkeit über die Rede Lord Curzons „Mißverständnisse“ vorliegen. England habe seine Haltung in der Ruhrfrage nicht geändert, wolle nicht den deutschen Mäcker spielen und auch nicht vermitteln. Lord Curzon enthält sich nun nachträglich nicht als der „freundschafliche Ratgeber“ Deutschlands in der Reparationsfrage, er zieht sich vielmehr infolge der ablehnenden Haltung Frankreichs Schritt um Schritt zurück. Poincaré hat ja in seiner letzten Sonntagsrede die Ausführungen des englischen Außenministers einfach übergangen und nach alter Methode das „friedliebende“ Frankreich dem „kriegsähnlichen“ Deutschland gegenübergestellt, um als der französische Weisheit letzten Trunke die alten gewohnten Forderungen nach Entschädigungen und Sicherheiten zu vertreten, die Deutschland nicht im Sinne eines Poincarés leisten kann. Und früher haben Frankreich und England in Lausanne eine Epoche gemeinsam anzuknüpfen in der Orientfrage, so daß die Curzon-Rede nachträglich nur als ein „gut Buttermachen“ für die Orientkonferenz anzufassen ist. Amlich läßt man in London nun erklären, daß Curzon nur gesagt habe, Deutschland solle sich an Frankreich wenden, wenn es Verhandlungen zur Ruhrfrage beabsichtige, England habe keinen Vorschlag für die Reparationssumme gemacht. Also glatter Rückzug Englands! Nur in Deutschland schweigt man noch bei den Parteipolitikern der verschiedensten Schattierungen in Illusionen über „bedingte Verhandlungen“ und die Erfolge eines „deutschen Angebots“, das die französische Presse zum Voraus ablehnt. Inzwischen ist man selbst in den Berliner politischen Kreisen nüchtern geworden, aus der Frühlingstimmung heraus zu einer ruhigen Beurteilung der politischen Lage gekommen und man wird in den nächsten

Tagen erfahren, was die Regierung zu den englischen Anregungen tut und zugleich zu den Forderungen der deutschen Parteien von Dietrichsdorf bis Stresemann, die nun einmal Verhandlungen wollen.

Nur das eine ist bei diesem Verlangen richtig, daß wir wohl in absehbarer Zeit ohne Verhandlungen nicht aus der Ruhr- und Reparationsfrage herauskommen und daß es nötig ist, die Leidenszeit der Ruhrbevölkerung abzukürzen. Dabei ist aber zu bedenken, daß ein deutsches Nachsuchen um Verhandlungen bei Frankreich als „Kapitulation“ Deutschlands aufgefaßt wird und daß wir damit schon mit einem wenig günstigen Ausblick auf das Ende uns an den Verhandlungstisch setzen. Dazu noch kommt, daß die Summen, die Poincaré bis in die letzten Tage als Reparationszahlungen fordert, einfach von Deutschland nicht geleistet werden können, zumal Frankreich nicht daran „denkt“, in absehbarer Zeit das Ruhrgebiet zu räumen. Also im Ganzen genommen wird die Lage Deutschlands angesichts der ablehnenden Haltung Frankreichs und der „wohlwollenden“ Neutralität Englands für seinen Verbündeten auf politischem Gebiet immer schwieriger. Die Franzosen haben von ihren Zielen, der Zertrümmerung Deutschlands und der Abtrennung des Rheinlands nichts abgesehen. Sie spekulieren auf die deutsche Uneinigkeit, die in dieser Woche an der Ruhr und im Reichstage in Berlin so kraß in Erscheinung trat. Nur die Festigkeit der Ruhrbevölkerung gegen die Räuber und der Wille des deutschen Volkes, nichts von deutschem Land preiszugeben, sind Hoffungsblinde im Trübel der politischen Wirrnisse. Wohl suchen die Rheinlandskommissionen, die sich zu einer Bande von Rechtschreibern entwickelt hat und durch Ausweisungen und Verordnungen aller Art um jedes Ansehen vor der internationalen rechtlich denkenden Welt gekommen ist, und die Eindringlinge an Ruhr und Rhein die Bevölkerung durch Schikanen und Bedrückung, durch Raub und Ungerechtigkeiten aller Art klein zu kriegen. Sie werden nicht zwingen! Auch nicht das Verbot des Verkehrs mit Autos, der Reichspost und anders wird es vollbringen. Der passive Widerstand wird neue Mittel finden. Die Rheinlandskommissionen grübeln mit ihren Rechts- und Vertragsbrüchen auch das Grab jeglicher Gerechtigkeit und Gerechtigkeit in andern Ländern. Recht ernst zu nehmen sind die Putzversuche kommunistischer Elemente in den Städten an der Ruhr. Die Franzosen zeigen sich dabei als Schächer dieser Verräter an der deutschen Volkssache, die um materielle und politische Vorteile willen, die Ohnmacht der deutschen Behörden bemerken, um sich in den Sessel zu schwingen, das Land nach russischer Art zu ruinieren. Noch ist es bis jetzt deutscher Volkzorn gelungen, wieder Ordnung zu schaffen, wie lange dieser Besatzkrieg, der nur mit Duldung und Einverständnis der Franzosen geführt werden kann, noch dauert, müssen die nächsten Wochen zeigen. Das Blut, das in Mülheim an der Ruhr und an anderen Orten floß, fällt nicht allein auf die Kommunisten, sondern auf lichtschineses Gefindel und Arbeitslose, die trotz ihrer schönen Unterstützung aus der Not Ruhen ziehen wollen. Fremdstämmige Arbeiter, die im Ruhrgebiet zahlreich vertreten sind, spielen dabei eine Hauptrolle. Die deutsche Bevölkerung aber beharrt in passivem Widerstand. Dieses Rad steht zu den Franzosen und zu den Ruenern.

In Berlin und München hat man sich in dieser Woche in den Volksvertretungen mit der Frage des Versammlungs- und Selbstschutzes befaßt. Dem Reichstage lag ein neuer Paragraph für das Strafgesetzbuch vor, wonach jeder, der nichtverbotene Versammlungen oder Aufzüge mit Gewalt sprengt, mit Gefängnis und Geldstrafe bedroht wird. Also ein Schutzgesetz ähnlich und doch verschieden von dem seinerzeit gegen rechtsgerichteten Schutzgesetz für die Republik des Kabinetts Wirth. Das neue Gesetz soll nicht nur gegen rechts, sondern gegen jeden Straßen- und Versammlungsterror Anwendung finden. Die Sozialdemokraten waren im Reichstage die heftigsten Gegner des Gesetzes und verhierten durch Obstruktion die Verabschiedung des Entwurfs, der indessen bereits von den bürgerlichen Parteien in den Hauptpunkten angenommen ist. Der Sozialdemokrat Levi behauptete sogar, daß das Gesetz „blutiger Hohn für die Arbeiterschaft“ ist. Im tiefsten Grund aber will es nur eine Maßregel sein zur Verhinderung des Bürgerkriegs. Der Schutzparagraph wird von den Sozialdemokraten mit Beschuldigungen wegen der zu erwartenden Rechtsprechung, namentlich in Bayern, abgelehnt. Gleichartig haben aber in München die bayerischen So-

zialdemokraten im Landtag die Auflösung der Sturmtruppe und die Sicherstellung der Versammlungsfreiheit beantragt. Dies mit Rücksicht auf die erstarkende nationalsozialistische Bewegung, die in Bayern immer größere Ausdehnung annimmt. Der bayer. Minister Schmeber und nach ihm die Mehrheit des Landtags lehnte diesen sozialdemokratischen Antrag ab und sprach sich für die Befestigung der Republikanergehege aus, überhaupt gegen jede Ausnahmebeschgebung, die ja eines der trübsten Bilder der Zeit ist. In Württemberg hat die Regierung gleichfalls außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Versammlungsfreiheit getroffen, die den Beschlüssen im Reichstage zuvorkommen, aber im Grunde dasselbe wollen. Der Schutze des Staats und der persönlichen Freiheit seiner Bürger geht über die parteipolitischen Belange. Das sollte man sich auch auf der Linken merken! Die Sturmtruppe von rechts oder links sind eine Gefahr, wenn sie sich nicht den Staatszwecken unterordnen. Im übrigen ist der Selbstschutzegebäude, wie er seinerzeit in der Einwohnerwehre auflebte, bis ihn die Entente abdrückte, nicht zu verwirren. Aber er ist nur dadurch zur Bedeutung gelangt, weil das deutsche Volk infolge der Entmündigung die ganzen Nachtmittel verloren hat. Die Verhandlungen im Reichstage zeigen, daß wir vor neuen innerpolitischen Schwierigkeiten stehen.

Neues vom Tage.

Ruhrchronik.

Essen, 27. April. Der Prozeß gegen die Krupp-Direktoren findet nicht am 2. Mai, sondern wahrscheinlich erst ein oder zwei Tage später statt. Ins Militärgefängnis Kastrup wurde der Generaldirektor Hermann der Hebe „Minister Klenow“ und Amtmann Strobusch von Grambauer wegen angeblicher Sabotage eingeleitert.

Ausgewiesen wurde der hessische demokratische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Schreiber aus Ingeheim.

Berlin, 27. April. Havas verbreitet aus Essen folgende Darstellung der Erschießung eines Deutschen: In der Nacht zum 23. versuchte ein Deutscher in das französische Militärlager Jägerhof einzudringen (?). Die Schilddiener gab nach Auruf Feuer, der Deutsche wurde getötet. Eine Bestätigung dieses Vorfalles von deutscher Seite liegt noch nicht vor.

Neue Forderungen wegen der Schutzpolizei.

Berlin, 27. April. In Berliner politischen Kreisen erregte die bekannte Bemerkung Poincarés in seiner letzten Rede, daß die Vorkonferenzkonferenz in einer Note an die deutsche Regierung abgemahnte die Umformung der Schutzpolizei verlangt hatte, berechtigtes Aufsehen, da von einer solchen Note in Berliner politischen Kreisen nichts bekannt war, und auf Anfrage auch an zuständiger Stelle der Eingang einer solchen Note abgelehnt wurde. Nunmehr erzählt der Pariser Berichterstatter der „Post“, am 1. April, daß die von Poincaré in seiner letzten Rede erwähnte Note bereits am 18. April von der Vorkonferenzkonferenz genehmigt und am 20. April der deutschen Botschaft in Paris übergeben worden sei. Ueber den Inhalt wird auch in Pariser amtlichen Stellen stillschweigend bewahrt. Ferner soll inzwischen über eine weitere Note in Paris beraten worden sein, die gleichfalls die Schutzpolizei hauptsächlich behandelt.

Die Ausweisungen.

Berlin, 27. April. Im Haushaltsausschuß des preussischen Landtags besprach Ministerpräsident Braun die Verhältnisse an der Ruhr. Er teilte mit, daß bis zum 15. April im altbesetzten Gebiet 3886 Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte, 156 Private, also zusammen 5042 Personen ausgewiesen worden seien. Im neu besetzten Gebiet sind 818 Beamte und 26 Private ausgewiesen worden. Einschließlich der Familienangehörigen der Betroffenen kommt es auf eine Zahl von rund 20 000 Personen. Verhaftet wurden 637 Beamte und 85 Privatpersonen. Auch die Zahl der kriegsgerichtlichen Urteile ist sehr groß und vielfach.

Die Deutsch-völkische Freiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 27. April. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte über die Beschwerde der Deutsch-völkischen Freiheitspartei gegen die Auflösungsverfügungen der Minister des Innern von Preußen, Sachsen und Thüringen. Begründet wird das Verbot damit, daß es sich bei den Zielen der Partei um die verdeckte Fortsetzung einer Anzahl verbotener Verbände handelt, so der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, des Rationalverbands deutscher Soldaten, Fer-

heißt. Ihr Ziel sei auf Befestigung des Parlamentarismus auf gewaltsamen Wege gerichtet gewesen. Es wurden dem Kommando des Oberleutnants Rosbach unterstellte Hundertschaften, sogenannte Turnerschützen, gebildet, die eine militärische Organisation darstellten, und ihrerseits einen Bestandteil des deutsch-völkischen Kampfkörpers bildeten. Die Turnerschaft sollte die gleichen Ziele verfolgen, wie die Hitlergardien.

Abgeordneter v. Gräfe erklärte, die Gründung seiner Partei habe die nationalen Verbände nicht vor der drohenden Auflösung schützen sollen. Seine Partei bekämpfe den Parlamentarismus im Wege der Verfassung. Mit der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei sei lediglich ein Freundschaftsabkommen geschlossen worden, ohne Verschmelzung oder Unterwerfung der Hitleranhänger. Die Turnerschützen seien ausschließlich eingestellt, aber nur in der Abwehr. Eine putschistisch-aktivistische Tätigkeit nachzuweisen, sei auch nicht versucht worden. Die völkischen Kampfkörper seien kein Teil der Freiheitspartei, setzten sich vielmehr aus allen möglichen Verbänden zusammen und bezweckten, sich der Regierung gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung in Wannsee sei ein harmloser Nickerabend gewesen, bei dem Rosbach lediglich kameradschaftliche Unterhaltung pflegte.

Abgeordneter Major v. Henning erklärte, der deutsch-völkische Soldatenbund sei als Bestandteil der Partei gegründet und stelle keine Fortsetzung des Verbandes national gesinnter Soldaten dar.

Französische Protestanten gegen die Ruhrgrenel.

Frankfurt, 27. April. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Gegen den bekannten Einspruch der schwedischen Bischöfe gegen die Ruhrbesetzung hatte der geschäftsführende Ausschuss der französischen evangelischen Kirchengemeinschaft sich gewandt. 200 französische Protestanten (Professoren, Pfarrer akademische Gebildete und Studenten) haben jetzt ihrerseits den schwedischen Bischöfen geschrieben: Wie wir während des Kriegs gegen die deutschen Gewalttaten waren, so tadeln wir jetzt auch im Namen des Evangeliums die Maßnahmen (der französischen Regierung), welche eine ganze Bevölkerung der Arbeitslosigkeit, Kälte und Hungertod aussetzt. Jemand wegen einer Schuld seiner Freiheit zu berauben, kommt in der Gesetzgebung nicht mehr vor. Es scheint uns gegen den Geist der Bergpredigt zu sein, wenn man eine derartige Strafe im besetzten Gebiet einführt.

Loucheur macht Stimmung.

Paris, 27. April. Loucheur hat auf dem Provinzialtag in Lille eine Ansprache gehalten, in der er u. a. sagte: Die englischen Staatsmänner, die er kürzlich gesehen habe, erwiderten auf seine Frage, wie sie an unserer Stelle handeln würden: Selbstverständlich würden wir nie nachgeben. Durch seinen Widerstand habe Deutschland die Intervention eines neutralen oder verbündeten Staates zu seinen Gunsten herbeiführen wollen. Doch habe es damit keinen Erfolg gehabt. Das beweise die letzte Rede von Lord Curzon. Auch die einmütige Haltung der französischen Bevölkerung nehme den Deutschen jede Hoffnung. Das Deutsche Reich, so sagte Loucheur hinzu, verschlechtere durch seinen Widerstand seine wirtschaftliche Situation, die ohnehin infolge seiner Finanzpolitik sehr prekär ist. Andererseits sei der schlechte Wille Deutschlands (i) angesichts des französischen Januar-Angebots, das sehr vernünftig war, ganz offenkundig.

Eine neue französische Note.

Berlin, 27. April. Die von Voiccare in seiner Sonntagrede angekündigte Note ist vorgestern durch Kurier in Berlin eingegangen. Sie verlangt: 1. Die Organisation der Polizei in Gruppierungen militärischer Natur hört auf; 2. Die militärische Einstellung der Polizei vermindert; 3. Der Unterricht der Polizeibeamten hört auf, ein militärischer Gesamtunterricht zu sein; 4. Ein Statut, das aus dem Personal ein wirkliches Beamtenpersonal macht, tritt an die Stelle des jetzigen Statutes, auf Grund dessen zwischen dem Stande eines Polizeibeamten in der Schutzpolizei und demjenigen eines Angehörigen der Reichspolizei kein realer Unterschied besteht. — Ueber diese Punkte kann nicht mehr verhandelt werden.

Straßentänze in München.

München, 27. April. Wie die sog. „Münchner Post“ meldet, kam es Donnerstagabend zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Vaterlandlern. Die Jungsozialistische Gruppe Neuenhausen hatte in der Gastwirtschaft zur Volkshalle ihren regelmäßigen Abend. Gegen 9 Uhr rückte ein Zug Nationalsozialisten gegen die Wirtschaft vor. Die Nationalsozialisten gaben von ihrer Stellung aus planlos auf die vor der Wirtschaft Stehenden, darunter die Schutzmannschaft, Schützab. Vier Personen wurden schwer verletzt, sodas sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Am Schluß waren an dem Kampf etwa 400 Personen beteiligt. Die Münchner Zeitung stellt den Vorfall als eine Kollision zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten dar.

Französische Einschüchterung.

Paris, 27. April. In einer heute inspirierten Note teilt der „Matin“ mit, es erscheine außerordentlich zweifelhaft, ob Deutschland irgend welche ernsthaften Vorschläge mache. Das Kabinett Cuno ist dazu noch nicht reif. Sollte es jedoch diese Vorschläge ergehen lassen, so würde es sich nur einer heftigen Reaktion im Reich aussetzen. Die letzte Verordnung des Reichspräsidenten beweise, das Cuno vielmehr gegen seinen Willen sich zu immer größerer Festigkeit habe hinziehen lassen (1). So könne man nicht annehmen, das er — es sei denn, er wolle politischen Selbstmord begehen — den Alliierten sage, wir kapitulieren und wir nehmen alle möglichen Opfer auf uns, um mit der Herberung des Versailles Vertrags zu beginnen. Sollte es indessen zu einem vernünftigen Angebot kommen, so ist die französische Regierung fest entschlossen, als eine unvermeidliche Bedingung zu erblicken, das Deutschland die Waffen nieder. Kurz und gut: normale Zustände müssen, soweit das Reich dazu instande ist, in jeder Hinsicht im Ruhr-

notwendigweise nicht klar begriffen hat, so ist jede Verhandlungsbereitschaft Deutschlands als ein Mandat aufzuheben, dem wir nicht den geringsten Wert beilegen wollen.

Französische Betrügereien auf Kosten Deutschlands.

Paris, 27. April. Den in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs vorgekommenen Betrugsmandatern, wo geringe Schäden zu gewaltigen Summen aufgebauscht und zum Teil von der französischen Regierung bereits bezahlt wurden, in der sicheren Erwartung, das alle diese Summen ja auf Konto Deutschlands gehen, reißt sich ein neuer Betrugsfall mit ärztlichen Rezepten und Medikamenten wüßig an, der sogar von der französischen Presse, die gerne alles vermissen möchte, als nationaler Skandal bezeichnet wird. Die Kriegsinvaliden genießen wie in Deutschland, so auch in Frankreich freie ärztliche Behandlung und Apotheken. Diese Einrichtung der Kriegsfürsorge, deren Kosten auch auf das Budget gehen, das von Deutschland zurückbezahlt werden muß, haben nun viele Ärzte und Apotheker in der skandaligsten Weise mißbraucht. Zu den Betrügnern gehören der frühere Abg. Dr. Jfoard in Marseille und Prof. Dr. Goujün, ebenfalls in Marseille, der während des Krieges Generalarzt war. Auch in Vrest wurden mehrere Personen verhaftet. Der größte Schwindel wurde aber in Marseille getrieben. Dort wurden allein 45 000 medizinische Ausweise im Wert von 22 Mill. Franken an Kriegsinvaliden ausgegeben. Seit 2 Jahren mußte die Staatsamwaltschaft von der Sache, aber trotzdem ging der Betrug weiter. Dr. Jfoard hatte sogar für die medizinischen Ausweise einen besonderen Kassierer angestellt, der wöchentlich 300 Franken und 20 Prozent des einfließenden Geldes erhielt. Im letzten Jahr hatte dieser Kassierer ein Einkommen von 334 000 Franken. Nicht viel besser machten es die Apotheken. Der Apotheker Dianouq in Marseille hat sich allein für Rezepte einen Betrag von 684 250 Franken zurückvergüten lassen. Diese Rezepte waren meist von dem Dr. Jfoard unterschrieben. Der Arzt Dr. Pognel in Versailles machte sich auch noch die staatliche Unfallversicherungs-gesellschaft zu Nutze. Faulenzer und Trübselbeger wurden krank geschrieben, wenn ihnen gar nichts schiefte.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 28. April 1920.

Zum Sonntag.

Wieder zog ein munteres Vätlein zum erstenmal mit dem Schürzenchen dem Schulhaus zu. Welch großer Augenblick, wenn die Mutter dann mit den anderen Frauen das Schulzimmer wieder verläßt. Mancher Mutter wird das schwerer als dem Kind, das sich in der Schule bald geborgen weiß. Das Mutterherz hat zum erstenmal eine deutliche Ahnung davon, das ihr Kind auch einmal seine eigenen Wege gehen wird. Und doch möchte eine Mutter ihr Kind immer unter ihrem Halten haben. Da mag sie beiseiten lernen, wodurch sie bleibenden und besten Einfluß auf ihr Kind hat: wenn sie von früh auf, aber auch in späteren Jahren mit ihrem Kinde die Hände falzt. Dann braucht sie keine Entfremdung oder Loslösung, auch bei späterer Trennung, zu befürchten. Kinder und Mütter, deren Herzen im Gebet gemeinsam schlagen, sind auf ewig miteinander verbunden. D. St.

P. B. Gemeinderatsitzung vom 25. April. Anwesend: Der Vorsitzende, vom Gemeinderat 13 Mitglieder. Auf einen am 3. April hat G. Schneider, vom Gemeinderat aber nicht genehmigten Stammschwenk sind nachfolgende höhere Gebote von 650 Proz. der Poststeuer für staatliche Zwecke abzugeben worden; der Gemeinderat erteilt zum Beifall seine Zustimmung zu diesem Verlaß. — Die Stadtwahlverwaltung hat für die Grundbesitzer Notendarlehen bereit gestellt, die Zinsen hierfür werden freigelegt. — Die Stelle einer Arbeitsleiterin an der fädt. Frauenarbeitschule wird vorerst nur provisorisch durch Frau Einzelner von hier besetzt. — Infolge eines Besuchs der hiesigen W-hergewerksamter Einrichtigung einer Eisenzugungsanlage durch die Stadtgemeinde im fädt. Echohaus sind höhere Eierungen angeht, und Kostenvorschläge eingeholt worden. Der Kostenumwand für eine solche Anlage würde sich auf ca. 60 Millionen Mark stellen. Der Gemeinderat erkennt nicht die großen Vorteile einer Eisenzugungsanlage am hiesigen Vöge, sowohl für die W-hergewerksamter, als auch für das Fleischkonsumierende Publikum, beson. erst in den Sommermonaten. In Hinblick jedoch auf die derzeitigen anderen höheren Unternehmungen der Stadt, sowie auch mit Rücksicht auf die gegenwärtige unsichere Lage des Holzmarktes, glaubt der Gemeinderat die Ausführung einer Eisenzugungsanlage zunächst zurückstellen zu müssen. — Zur Vorlage kommt das Verzeichnis der Empfänger von Zuwendungen aus der Mittelschulnotenhilfe, der Kapitalrentenrentenversicherung und der Sozialversicherung; es kommen demnach wieder Beiträge zur Kapitalrentenversicherung. — An Kinderbedürftiger Eltern kommt aus Reichs- und Gemeindegeldern durch die Milchsammelei verbilligte Milch zur Abgabe. — Von den durch die Stadtgemeinde besetzten Stadtbauwerken sind nunmehr 5 Waggons eingetroffen; die Kohlen kommen in Mengen von 10 Btr. und zum Preise von 4800 Mk. pro Btr. ab hiesigem Lager an die Einwohnerwerkstatt zur Abgabe. — Verschiedene Akkorde über Lieferung von Kalksteinen zur Straßenaufhaltung werden genehmigt. — Robert Luz, Justizkassierer hier, bittet um Zulassung zur Ausführung von elektrischen Inskaltationsarbeiten, diesem Gesuch wird entsprochen. — Für die Aufräumende dem Abg. der Gemeinderat aus der Stadtliste den Betrag von 250 000 Mk. als 2. Rate. — Zum Schluß der Sitzung werden noch die Wasserleitungsarbeiten zu den Siedlungshäusern an der Pfalzstraßenwellenstraße vergeben.

franz. Alterstag mit einem Ueberabend (siehe Julecal in der Nummer des Blattes, unter der Zeitung seines neuen Leitenden, Herrn Hauptlehrer Gold, Ueberabend, an die Reihenfolge. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, das zwischen den Mädchenchor mehrstimmige alte deutsche Volkslieder mit sinnigen Texten und schönen Melodien, die mit vielbegleitend vorgetragen werden. Auch Nimmst du hier haben jetzt wieder Gelegenheit, gegen Eintrittsgeld den Konzerten beizuwohnen.

ep. Ein Notruf der Lehrerschaft. Der Deutsche Lehrerverein hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, worin der steigenden Deutlichung weiterer Lehrerkreise darüber Ausdruck gegeben wird, das von Seiten der Reichsregierung bisher keine gesetzlichen Maßnahmen getroffen worden sind, die Herstellung und Verbreitung von Schundliteratur einzudämmen und zu unterdrücken. In Uebereinstimmung mit allen Volkshörern wird auf die Gefahr dieses Zustands hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, das die Reichsregierung nicht mehr länger zögert, auf dem Wege der Gesetzgebung den Schutz der Jugend gegen literarische Verschmutzung zu sichern. Weiter wird es für erforderlich erklärt, das den Jugendämtern die Bekämpfung von Schund und Schmutz in Wort und Bild ausdrücklich zur Pflicht gemacht wird und das die Reichsregierung im Verein mit den Ländern und Gemeinden der Jugend wertvollen Lesestoff zu erschwinglichen Preisen zugänglich macht.

Schlusssatz, 26. April. (Zur Norddeutsche Rundschau) Den ersten Besuchen der Gendarmen ist es noch heute vormittag gelungen, etwas Licht in die Norddeutsche Rundschau zu bringen. Wegen dringenden Verdachts die Tat bezogen zu haben, wurde der in der Tuchfabrik Korndorfer beschäftigte etwa 40 Jahre alte, verheiratete Welter Wilhelm Wöhrle verhaftet. Leibesform war ein Militärgelehrter und Patronen gefunden. Am Tage zuvor wurde der Täter auch an dem Fleck gesehen, von dem aus der Schuß abgegeben worden sein kann. Welche Motive den Mörder veranlaßt haben, die furchtbare Tat zu begen, muß noch ermittelt werden. — Fabrikant Korndorfer, im hohen Alter von über 70 J. fahrend, war ein tüchtiger, fleißiger und unerwählter Geschäftsmann. Ueber die Familie drückte in den letzten Jahren viel Leid und Unglück herein. Schon im 1. Kriegsjahr ist der älteste Sohn an der Westfront, der zweite Sohn erlitt den Fliegersturz im Jahre 1917 als Flieger bei einem Uebungsflug; vor einem Jahr starb im jugendlichen Alter von 18 Jahren ganz rasch die einzige Tochter und nun noch das schreckliche Ende des Familienhaufes! Es ist fast zu viel das Bedenke! Wie man hört, will der Täter aus Unvorsicht, bei geschäftlichen Taten, er wollte sich selbst erlösen, hat noch dem Schuß aber den Mut hierzu verloren! Die fortschreitende Untersuchung wird wohl Aufklärung bringen. G.

Stuttgart, 27. April. (Aus dem Finanzantragsbuch) Der Finanzantrag des Landtags erteilte dem Kassenministerium die Ermächtigung, der württ. Volksbank für die Monate April und Mai weitere Vorschüsse bis zu je 4,5 Millionen Mk. vorbehaltlich der endgültigen Verabschiedung des Nachtragsplanes für 1920 auszubahlen. Bis jetzt erhielt die Volksbank im laufenden Spieljahr an Vorschüssen rund 15,2 Millionen Mk. Zur Förderung des Wohnungsbaues im Jahr 1920 wurde beschließen, die Staatsregierung zu ermächtigen, die von der Reichsregierung als weiteres Darlehen auf das Aufstommen aus der Wohnungsabgabe zur Verfügung gestellte Summe von 3123 Millionen Mark zu den von der Reichsregierung angebotenen Bedingungen zu übernehmen. Einmütig angenommen wurde der Entwurf eines Gesetzes betr. die Uebernahme einer Bürgergesellschaft des württ. Staates für ein Lombarddarlehen im Gesamtbetrag von 1040 Millionen Mark zum Ausbau der Wasserkraftanlagen verschiedener Bezirksverbände.

Stuttgart, 26. April. (Aprilgehälter der Industrieangestellten) Die Verhandlung zwischen der Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände mit den Angestelltenverbänden über die Aprilgehälter führte zu einer Einigung. Danach findet eine Nachzahlung für den Monat März nicht statt. Für April werden die Gehaltsätze des Februarabkommens um 15 v. H. und die Beibratentzuzahlung um 10 000 Mk. von 20 000 auf 30 000 Mk. erhöht. Die Februarsätze der Lehrlingsentgeltabstimmung werden für April ebenfalls um 15 v. H. erhöht. Die errechneten Gehaltsätze sollen auf 100 Mk. abgerundet werden.

Beworfene Berufung. Die Strafkammer II des Landgerichts Stuttgart hat die Berufung des kommunistischen Redakteurs Albert Schreiner von hier, der vom Schöffengericht Stuttgart wegen Verleumdung des Staatsgerichtshofs zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, verworfen.

Das fliegende Gericht auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt. Beim vorletzten Schlachtviehmarkt, am Dienstag, erlebten die Händler und die Metzger keine kleine Ueberreaktion. Es erdrückte nämlich, übrigens ohne das die Ueberwachungs- und Angemeinheitspreiskommission, die neuerdings vor Beginn des Marktes die Marktpreise schneid, verständigt worden wäre, ein fliegendes Gericht, ein Standgericht, auf dem Schlachtviehmarkt, das augenblicklich energisch ins Zeug fuhr, und, so viel wir hören, sechs Händler kurzerhand aus ihren Ständen wegführte und insgesamt stehenden Fußes zu 40 000 bis 50 000 Mk. Strafe verurteilte. Dabei wurde, sehr zum Mißvergnügen der Landwirtschaft, auch der Biehwirtschaftsverband stark mitgenommen.

Erhöhung der Fleischpreise. Infolge weiterer beträchtlicher Erhöhung der Viehpreise auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt hat die Metzgerinnung die Fleischpreise abermals erhöht: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 4700 (zuletzt 4400) Mk., Rindfleisch 2. Güte 4100—4200 (3700—3900) Mk., Rindfleisch 1. Güte 3200



3400 (2800-3000) M., Kahlhirs 2 Gute 2000 bis 2900 (1900-2100) M., Kahlhirs 4600 (4000) M., Schweinefleisch 4700 (4200) M., Hammelfleisch 3900-4000 (3400-3500) M., Schaffisch 2900 bis 3100 (2700-2900) M.

Heilbronn, 26. April. (Kein Personenverehr mehr auf dem Redar.) Die Personenschiffe sehen auf dem Redar zwischen Heideberg und Heilbronn fast im Hinblick auf die gewaltige Steigerung der Arbeitslöhne und der Betriebsstoffe, mit denen die Einnahmen nicht mehr in Einklang gebracht werden können, in diesem Jahr nicht mehr aufgenommen werden. Damit fällt wiederum eine Verkehrseinrichtung der Unbill der Zeit zum Opfer.

Neckargartach, 27. April. (Vorbildlich.) Bei der Verhandlung des Großkraftwerks „Althartenberg“ mit den Grundbesitzern wegen Erlaubnis zur Rodungsausschüttung auf privaten Grundstücken haben die Grundbesitzer auf jede Entschädigung verzichtet. Alle Beteiligten waren einstimmig der Ansicht, daß die Durchführung der Elektrifizierung des Landes im Interesse der Allgemeinheit erfolge, daß unsere heutige Wirtschaftslage ein Eintreten des Einzelnen für die Gesamtheit pro et contra und daß letzteres ein Gebot der Stunde sei.

Leidringen, 27. April. (Brand.) Die ein paar Hundert Jahre alte „Schmiedehütte“ ist ein Raub der Flammen geworden. Ueber die Entstehung des Brandes herrscht völliges Dunkel. Es wird aber Brandstiftung allgemein vermutet.

Buntes Allerlei.

Verdorbene Jugend. Vor dem Münchener Volksgericht stand ein noch nicht 18 Jahre alter Kaufmannslehrling aus einer angesehenen Münchener Familie wegen Raubs und versuchten Totschlages an der eigenen Mutter. Die Verhandlung endete mit der einstimmigen Beurteilung des gleichgültig und fest auftretenden Angeklagten zu sechs Jahren Gefängnis.

Ein heftiger Sturm suchte das Bergtesgadener Land heim und richtete furchtbaren Schaden an. Tausende von Bäumen wurden abgeknickt. Sollte fünf Stunden hielt der Orkan an. Auch im Ramsauer Tal wurden tausende von starken Bäumen entwurzelt. Der Schaden ist kolossal. In Bergtesgaden selbst entstanden große Berührungen an Häusern und Dächern.

„J. IV“ in Toulon zerstört. Das frühere Zepellinflossschiff „J. IV“, das an Frankreich abgegeben werden sollte, ist am Donnerstag beim Landen in der Nähe von Toulon zerstört worden. „J. IV“ gehörte zu den ersten Zepellinflossschiffen, die nach dem verfallenen Vertrag an Frankreich ausgeliefert werden mußten. Am 2. 3. 16 auf der Luftschiffhalle in Friedrichshafen gebaut, führte er seit Übernahme durch die Militärbehörde im Februar 1913 seinen letzten Namen. Er hatte eine Länge von 140 Meter, 15 Meter Durchmesser und einen Rauminhalt von 20 000 Kubm. Die Propeller wurden durch drei Motore von je 170 Pferdekraften angetrieben. Schon vor dem Krieg war der Luftkrieger durch seine Notlandung bei Lunéville und die Vorgänge dabei, aber die es zwischen der deutschen und der französischen Regierung zu einem lebhaften Meinungsstreit kam, sehr bekannt geworden.

Die Wölfe in Russland. Der „Rin. Ag.“ wird aus Moskau geschrieben: In der Provinz ist die Wolfplage zum Verhängnis geworden. In manchen Kreisen an der Wolga ist das wenige noch vorhandene Vieh ihnen im Laufe des Winters zum Opfer gefallen. Die Wolfplage hat hier so überhand genommen, daß eine Moskauer Zentralbehörde es absehnte, Jagdvieh als Ersatz dorthin zu schicken, weil es doch wieder zerstreut würde. In Wjatka erhielt der Jagdklub die etwas lakonische Weisung: „In den Straßen der Stadt tauchen Wölfe auf. Passt auf, daß ihr nicht selbst noch aufgefressen werdet.“ Das Exekutivkomitee eines Ungarnbundes hat Anfang März einen amtlichen Befehl erlassen: „Ueber den Kampf mit den Wölfen.“ Nachdem ausgeführt ist, daß im bevorstehenden Frühjahr im ganzen Gouvernement das Vieh nicht auf die Weide getrieben werden kann, werden „schlagartige“ dringende Maßnahmen angeordnet. Wer sich am Kampf gegen die Wölfe beteiligt, wird von allen Rawatleistungen befreit. Die Prämien werden — bestehend für den Wirtskredit des Käsegeldes im eigenen Lande — in Getreide ausgelöst, und zwar 25 Pud Weizen für die größte Wolfsfährde, 15 und 10 Pud für die nächstbesten Schützen.

Die „Welt“ bringt den Judentum. Ein von dem Jüdischen Ausschuss herausgegebenes Werk „Das jüdische Volk“ schätzt die Zahl der Juden in der Welt auf 15 1/2 Millionen. Unter den Weltteilen zählt Europa 11 1/2 Millionen, Amerika 3 1/2 Millionen, Afrika 433 000 und Asien 19 000. Unter den Ländern stehen vorne an die osteuropäischen: Polen mit 4 100 000, die Ukraine mit 3 100 000 und Rumänien mit 1 Million Juden; die Vereinigten Staaten beherbergen 5301 000, Deutschland eine halbe Million, Ungarn fast ebensoviel usw. Keine jüdische Bevölkerung soll es geben in Ostafrika (China, Japan, Korea, Siam), in Peru und einigen anderen Staaten. Palästina zählt unter 757 000 Einwohnern 84 000 Juden.

Garus' Erbe. Ueber den Umfang der Hinterlassenschaft Garus' und über die von ihm getroffenen testamentarischen Bestimmungen waren noch seinem Tode allerhand Mitteilungen verbreitet, die den Stempel freier Erfindung teilweise deutlich an sich trugen. Nunmehr verlautet in der italienischen Presse Näheres hierüber. Das Vermögen, das Garus' besaß, bestand bei seinem Tode teils in Amerika, teils in Italien. Soweit es sich in Amerika befand, wird es auf etwa 20 Millionen Lire geschätzt. Dazu gehört unter anderem eine kostbare Sammlung von Bronzen der Renaissancezeit, Emaille- und Porzellanartefakten sowie eine Briefmarkensammlung, die von englischen Sachverständigen auf 40 000 Pfund Sterling geschätzt wird. Allein die Forderungen, die Garus' Erben von den Sponsoringfabriken, denen er seine Stimme zur Verfügung stellte, betragen jählich eine halbe Million Dollar.

Der Besen im Volkstum. Die am Walpurgistage aufgerichteten Waldbäume waren ursprünglich, wie Butke in seinem deutschen „Volksaberglauben“ bemerkt, grüne, nach oben gerichtete Besen; wie oft ist jetzt noch ein Besen oben aufgesteckt. Die im Dienste Donars stehenden Priesterinnen schneiden Besen gefäht zu haben. Die Spuren dieser urgermanischen Bedeutung des Besens finden wir heute noch im Solling in mancherlei seltsamen Anschauungen und Neuerungen über den stumpfen Besen: Will man eine vermutete Hexe kennen lernen, so fährt Professor S. Scharey in der „Gartenlaube“ aus, wird ein stumpfer Besen vor die Tür gelegt. Wenn dann eine Frau kommt und wieder zurückgeht, ist das ein Zeichen, daß sie nicht über den stumpfen Besen kann, also eine Hexe ist. Diese oder jene Frau wird wohl auch charakterisiert: „Der kann al noch owdern stumpfen Besen gahn“. Wenn man stumpfe Besen aufbrennt, kriegt man viele alte Weiber zu Besuch, oder, wie ich jemand sagen hörte: „Sann komet de atern Weibere in Eden“. Als sich einmal in einem Bauernhause mehrere Frauen angesammelt hatten, hörte ich den Bauer rufen, allerdings scherzhaft: „Donnerwör, ed bewise doch kenne en stumpfen Besen edrennt!“ Wenn ein verärgerter Liebhaber einem Mädchen einen rechten Spott antun will, pflanzt er ihr in der Pfingstnacht statt eines Waldbaumes einen stumpfen Besen vor die Haustür. Damit ist sie einem großen Schimpf ausgesetzt. Einen verhassten Menschen jagt man mit einem alten stumpfen Besen zum Hause hinaus. Man hört dann wohl sagen: „Jag ine doch met'n alen stumpfen Besen täanan Hünse nit!“ Besonders pflegt der Vater dies Mittel anzuwenden, wenn ein ihm nicht genehmer Bursche hinter seiner Tochter herschleicht; er droht: „Kämmte ned meer, kriege't ne alen stumpfen Besen up'n Balg!“ Auf Matthias gleicht man geschmolzenes Blei durch einen Dorbesen. Und daß die Hexen auf einem stumpfen Besen nach dem Boxberge reiten, ist ja wohl allgemein bekannt.

Wirtschaftliches Wetter.

Bei unausgeglichenen Luftdruckverhältnissen ist bei vorwiegend westlichen Aufströmungen für Sonntag und Montag ein etwas regnerisches Wetter und Abkühlung zu erwarten.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Die fortdauernde lebhaftere Nachfrage aus dem Ruhrgebiet, aus den Rheinländern und von den Seestädten und umfangreiche Erfordernisse für Kohlen- und Eisenwaren in England bewirkten in dieser Woche bei allerdings nur zeitweiser lebhaftem Geschäft eine Befestigung des Devisenmarktes. Der Dollar stieg anfangs der Woche oft bis auf 32 000, gegen Wochenschluß ließ die Nachfrage nach, so daß es der Reichsbank möglich war, den Kurs auf 28 500 zu drücken. Die Devisenbestandsaufnahme, die demnächst vorgenommen werden soll, dürfte wohl manches Material an den Markt bringen, wodurch sich die Devisenkurse noch einige Zeit auf der jetzigen Höhe halten werden.

Der Effektenmarkt unterlag in dieser Woche mehrfachen Schwankungen. Die Gründe hierfür sind vor allem in der allgemeinen politischen Unsicherheit zu suchen, welche den maßgebenden Kreisen Zurückhaltung gebot. Die an einigen Tagen bestandene Nachfrage nach Effekten soll in der Hauptsache auf Auslandskäufe zurückzuführen sein, da seither vor allem das englische Kapital, soweit es seither bei deutschen Banken angelegt war, die Umwandlung dieser Vorguthaben in Aktienwerte vornahm. Für den nächsten Monat rechnet man allgemein mit etwas belebteren Börsen, weil die Ultimaregulierung diesmal wenig Umstände verursacht.

Am Produktenmarkt war die allgemeine Unsicherheit ebenfalls deutlich zu spüren. Die Umsätze sind noch kleiner geworden als in der Vorwoche. Das Getreidegeschäft blieb ebenfalls schwebend und die Kurse zeigten anfangs Reue, abwärtszuweichen, befestigten sich aber schließlich wieder etwas. Berlin notierte für Weizen 61 000, Roggen 49 000, Gerste 47 000, Haber 47 000, Weizenmehl 82 500, Roggenmehl 72 500, 47 000, Mais 55 000, Speiseerbsen 63 000, Futtererbsen 29 000.

Auf den Rohwarentenmärkten ist plötzlich eine scharfe Preissteigerung in allen Gattungen eingetreten. Besonders begehrt sind mittlere und schwere Häute. Leichte Ochsenhäute notierten 4300, Bullenhäute 4350, Kuhhäute 3820, Fresser 4320, Kalbfelle bis 9 Pfund 4310, über 9 Pfund 5600, Schaffelle grobwollige 4700, halblange 5130.

Am Metallmarkt haben die Umsätze nachgelassen. Silber wurde zwar noch ziemlich lebhaft, jedoch bei wechselläufigen Kursen gehandelt. Es notierte Platin Mt. 100 000, Gold Mt. 21 000, Silber Mt. 600 pro Gramm.

Die ziemlich unerwartet gekommene Diskontohöherung der Reichsbank auf 18 Prozent ist im Geschäftsleben noch nicht zur Auswirkung gelangt, sie wird aber mit der gleichzeitig eintretenden weiteren Einschränkung im Kreditverkehr nicht ohne einschneidende Folgen auf die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands sein. Die erste Auswirkung wird auf dem Geldmarkt zu verspüren sein, wo glücklicherweise der Geldbedarf zurzeit etwas nachgelassen hat.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Freitag in Frankfurt 29 650 G., 29 799 Br., in Berlin 29 725 G. und 29 874 Br.

- 1 Schweizer Franken = 5376 G., 5403 Br.
- 1 französischer Franken = 2000 G., 2010 Br.
- 1 holländischer Gulden = 11 640 G., 11 899 Br.
- 1 italienischer Lira = 1446 G., 1453 Br.
- 1 Pfund Sterling = 137 230 G., 137 969 Br.
- 1 spanischer Peseta = 4513 G., 4536 Br.
- 100 österreichische Kronen = 41,02 G., 41,23 Br.
- 1 tschechische Krone = 878 G., 883 Br.
- 1 dänische Krone = 5546 G., 5573 Br.

Neue 200 Millionen-Kronen des Heimbackkraftwerks. Dem Reichsverband Heimbackkraftwerk in Friedland ist die Grundbriefform erteilt worden, außer den

im Februar bereits genehmigten 300 Mill. Mt. weitere 300 Mill. Mt. prozentige Schuldverschreibungen in den Verkehr zu bringen.

Weitere Preissteigerung am Berliner Hantemarkt. Auf der Fortsetzung der Berliner Hantemarktsteigerung am 25. April kamen 35 269 Stück Kalbfelle, 11 290 Stück Schaffelle, 1051 Stück Fresserfelle, 1089 Stück Hühnerhäute zum Verkauf. Der Besuch war auch heute wieder gut, und bei lebhafter Kaufkraft zogen die Preise gegen die Vorauktion (4.-5. April) für Kalbfelle um 20-30, Schaffelle 50, Fresserfelle 20 und für Hühnerhäute um 60-70 v. H. an.

Rempicner Butter- und Käsebörsen, 25. April. Es erzielte: Butter 7506 (Normale 6383) Mt., Umsatz: 52 577 Pf.; Käsefäse 3154 (3148) Mt., 316 221 Pf.; Allgauer Rundkäse 5770 (5650) Mt., 304 061 Pf. Preise für ein Pfund konsumfertige Ware ohne Verpackung und ohne Fracht.

Stuttgarter Börse, 27. April. Die Börse war zum Wochenschluß recht freundlich. Banaffien nicht einheitlich: Hypothekendarf = 306, Vereinsbank + 100, Notenbank + 1000, Spinnerellen fest: Kammgarn + 5000, Rohw und Schüle + 400. Brauereien nicht einheitlich: Ravensburg = 100, Rotwoiler + 1000, Wulle = 400. Der Maschinen- und Metallmarkt zeigte feste Stimmung: Dalmier = 100, Junghans unverändert, Magirus + 500, Eßlinger Maschinen + 1100, Desser Maschinen + 4000, Anilin + 1900, Zement Heidelberg + 600, Rhein-Rotweil + 400, Leißbrand Konserven unverändert, Selt Waghenheim + 1500, Stuttgarter Jüder + 50, Weag + 1700. Der Fremdenmarkt gestaltete sich sehr lebhaft bei wenig veränderten oder leicht steigenden Kursen.

Rogeln, 26. April. (Markt) Auf dem heutigen Markt waren zugeführt: 5 Pferde, 1 Fohlen, 5 Ochsen, 9 Stiere, 22 Kühe, 18 Kinder und traktierte Kalbinnen, 25 Stück Schmalvieh, 5 Kälber, 243 Stück Milch- und 34 Küfer- Schweine. Verkauft wurden: 3 Ochsen, 6 Stiere, 10 Kühe 11 Kinder und traktierte Kalbinnen, 19 St. Schmalvieh, 2 Kälber, 243 Milch- und 34 Küfer- Schweine. — Er ist wurden: 3 250-3 500 000 für 1 Ochsen, 1,05-3 Mt. für 1 Stier, 1,1-5 Millionen für 1 Kuh, 1,4-3,5 Mt. für 1 Kind und eine traktierte Kalbin, 730 000-1,3 Mt. für 1 St. Schmalvieh, 350-600 000 für ein Kalb, 320-470 000 für das Paar Milch- und 500-640 000 Mt. für das Paar Küfer-Schweine. Der Gesamterlös betrug: bei den Ochsen 10 Mt., Stieren 12 150 000, Kühen 32,4 Mt., Kinder u. traktierte Kalbinnen 24 9 Mt., beim Schmalvieh 15,8 Mt. und bei Kälbern 950 000 Mt.

Letzte Nachrichten.

Ein deutsches Reparationsangebot fertiggestellt.

WLB. Berlin, 28. April. Wie die Blätter mitteilen, wird sich das Reichskabinett heute mit dem deutschen Reparationsentwurf, das in seiner vorläufigen Fassung fertiggestellt ist, beschäftigen. Am Sonntag sollen die Parteiführer über den Inhalt des Angebots unterrichtet werden. Laut „Berliner Tageblatt“ dürfte auf die Forderung der auswärtigen Ausschüsse verzichtet werden. Falls keine Verzögerung eintritt, könnte die Absendung der Note an die Alliierten am Dienstag oder spätestens am Mittwoch erfolgen.

WLB. Berlin, 28. April. Zu der französischen Blätterschwärzung, daß die französische Regierung als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland über die Reparationsfrage die Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet fordere, schreibt die „Vossische Zeitung“: Selbst wenn die deutsche Regierung die Vorbedingungen über den passiven Widerstand zurückziehe, wäre damit nichts erreicht als vermehrte Verwirrung. Die Parole, den passiven Widerstand auch nur vorübergehend aufzugeben, müße die Widerstandskraft der besonnenen Mehrheit der Arbeiter gegen die kommunistische Agitation in gefährlichem Maße vermindern und die Elemente der Faszination würden die Oberhand gewinnen.

Auch der „Vorwärts“ urteilt in gleicher Weise: Die Entpöpfung des passiven Widerstandes würde höchstens dazu führen, daß er schärfer und wildere Formen annimmt. Keine deutsche Regierung kann durch einen Ulas den passiven Widerstand zum Aufhören bringen. Das kann nur Frankreich durch Zurückziehung seiner Truppen.

Der sozialdemokratische „Vorparlamentsdienst“ erklärt: Der Verzicht auf den passiven Widerstand kann nicht eher eintreten, bevor nicht die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, oder bevor nicht wenigstens die deutschen Unterhändler von ihrem aussichtsreichen Verlauf überzeugt sind.

Zur Einführung der Frankenswährung im Saargebiet.

WLB. Saarbrücken, 28. April. Da die Regierungskommission die Einführung der Frankenswährung im Saargebiet wünscht, haben die Parteien des Landrats, die sich anfangs auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt hatten, einen besonderen Gesetzentwurf aufgearbeitet, der die schädlichen Punkte der Regierungsvorlage abschwächen soll. Die Redner aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten treten für diesen abgeänderten Entwurf ein. Die Abstimmung darüber findet heute statt.

Die Feier des 1. Mai in Sachsen.

WLB. Berlin, 28. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Dresden hat der sächsische Ministerpräsident angeordnet, daß am 1. Mai alle staatlichen Gebäude, Schulen usw. zu flaggen haben.

Die letzten Redellen ergeben sich.

WLB. Dublin, 28. April. Das Hauptquartier der irischen Rebellen hat gestern Abend die allgemeine Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet.

Für die Geschäftsleitung verantwortlich: Rudolf Hart. Druck und Verlag der W. Kistenhagen Buchdruckerei Kitzingen.

